

Präsident der japanischen Lehrer-gewerkschaft, Makieda (gleichzeitig Präsident des größten japanischen Gewerkschaftsverbandes) führte ein Gespräch mit Erziehungsminister Ogawa, in dessen Verlauf er dem Minister vorwarf, er erkenne nicht die internationalen Auswirkungen der Schulbuchrevisionen; Ogawa dagegen beharrte darauf, daß man zwar der Ansicht sein könne, es sei ein außenpolitisches Problem, er aber halte es nach wie vor für eine rein innerjapanische Angelegenheit. Zudem betonte er, daß die vorgenommenen Änderungen keinesfalls Geschichtsverdrehungen darstellten. Über die Inhalte des Gespräches gab es anschließend unterschiedliche Ansichten: Ogawa bestritt, das Problem als "innenpolitische Frage" bezeichnet zu haben, während Makieda sich auf Notizen berief, die eben diese Äußerung Ogawas wiedergaben (Asahi Shimbun, 24.7.82).

Die ausweichende Haltung Japans hat in Beijing offenbar noch tiefere Verärgerung ausgelöst, denn der für Anfang August geplante Besuch des japanischen Erziehungsministers, in dessen Verlauf die japanische Haltung "erläutert" werden sollte, mußte auf chinesisches Verlangen abgesagt werden (Radio Japan, engl., 2.8.82, DW-MD, 3.8.82) Es gibt sogar Gerüchte, daß Beijing bereit sein könnte, auch den geplanten Besuch des japanischen Regierungschefs im September abzusagen (AFP, engl., 3.8.82), bzw. zu verschieben.

Die japanische Regierung hat offenbar das ganze Ausmaß der Proteste nicht richtig eingeschätzt und ist sich auch über die Hintergründe, bzw. die Ursachen des Entrüstungssturms nicht im klaren; in einer Art insularer Abgeschlossenheit waren sich Japans Politiker nicht bewußt, daß noch immer unter den Opfern japanischer Aggressionen in Ost- und Südostasien tiefe Empfindlichkeiten verborgen sind, die bei der "Beschönigungsaktion" nicht berücksichtigt wurden. Tokyo stellt sich jetzt auf langwierige bilaterale Verhandlungen mit China und Südkorea ein (Radio Japan, engl., 4.8.82, DW-MD, 5.8.82)

Die japanisch-chinesische Schulbuchkontroverse hat schließlich auch einen weiteren Aspekt zu der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung beige-steuert: Am 31.7. kommentierte die RMRB einen TASS-Beitrag, in dem die chinesischen Vorhaltungen an die Adresse Japans als "kindisch" bespöttelt worden waren, da die Chinesen offenkundig ihre histo-

rische Lektion vergessen hätten - daß nämlich "Imperialisten ihre Beziehungen zu China stets auf der Basis der Ungleichheit gründen". Der chinesische Kommentator der RMRB, Te An, versicherte ironisch: "TASS kann sicher sein, daß das chinesische Volk niemals die Haltung der Imperialisten gegenüber China vergessen wird. Wir möchten jedoch die Sowjetunion daran erinnern, daß sie selbst zu jenen gehört, die ihre Beziehungen zu China auf eine ungleiche Basis gründen. Sie ergreift jede Gelegenheit, uns zu belehren, als sei sie die erste Autorität. Genau das ist die Zurschaustellung einer ungleichen Beziehung, Ihr Sowjets solltet lieber Eure eigenen Züge im Spiegel betrachten, bevor Ihr China kritisiert." (RMRB, 31.7.82/SWB, 3.8.82)

-po-

#### **ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK**

(4)

##### **Die drei Grundpfeiler der chinesischen Außenpolitik**

In einem Gespräch mit dem Staatschef von Guinea-Bissau, Vieira, am 19. April 1982 betonte Premierminister Zhao Ziyang, daß Chinas Außenpolitik sich in drei Schlagworten zusammenfassen lasse: Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt; Antihegemonismus; Bewahrung des Weltfriedens.

- Einheit mit den Ländern der Dritten Welt: China betrachtet sich selbst als Land der Dritten Welt und sieht sich daher veranlaßt, mit den rund 120 von insgesamt 160 unabhängigen Ländern (das sind 70%) eng zusammenzuarbeiten und die "Süd-Süd-Kooperation" voranzutreiben, die alte Weltwirtschaftsordnung durch eine neue zu ersetzen und der "Gruppe der 77" Unterstützung zu gewähren.

- Antihegemonismus: China stemme sich in erster Linie dem Sowjethegemonismus entgegen (Afghanistan, Kambodscha, Indischer Ozean, Persischer Golf), opponiere zur gleichen Zeit aber auch gegen die "US-Hegemonisten", die Südafrika, Israel, die "reaktionären Kräfte in Lateinamerika", Südkorea und Taiwan unterstützten.

- Bewahrung des Weltfriedens: China braucht zur Durchführung seiner Vier Modernisierungen eine friedliche Umgebung, und zwar

auf lange Zeit (Banyue tan, 25.6.82, nach SWB, 3.7.82).

-we-

(5)

##### **Jein zum Walfangverbot**

Die Internationale Walfangkommission hat Mitte Juli beschlossen, daß der kommerzielle Walfang ganz verboten und der nichtkommerzielle Walfang eingeschränkt werden soll. U.a. stimmten die Sowjetunion und Japan gegen diesen Beschluß. Der chinesische Vertreter trat zwar für eine "Erhaltung der Walreserven" ein, meinte aber, daß eine "beschränkte und vernünftige Nutzung der Walressourcen unter der Voraussetzung erlaubt bleiben sollte, daß die Wale nicht ausgerottet werden" (XNA, 25., 26.7.82).

-we-

#### **INNENPOLITIK**

(6)

##### **Neugewichtung innerhalb der "Vier grundlegenden Prinzipien"**

In einem Kommentar zum 61. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas am 1. Juli 1982 hat das ZK-Organ "Volkszeitung" die "Vier grundlegenden Prinzipien" als "unauflösbar miteinander verbunden" bezeichnet. Die wichtigsten Prinzipien seien die Beibehaltung des sozialistischen Systems und die Aufrechterhaltung der alleinigen Führung durch die KP Chinas: Ohne die Führung durch die KPCh sei die Beibehaltung des sozialistischen Systems unmöglich, und ohne das sozialistische System könne die Führung durch die KPCh nicht aufrechterhalten werden (RMRB, 1.7.82).

Diese Interpretation geht über die bisherigen Aussagen der chinesischen Führung hinaus: Auf einer Arbeitstagung des Zentralkomitees im Dezember 1980 hatte Deng Xiaoping in einer Rede am 25. Dezember die Aufrechterhaltung der alleinigen Führung durch die KPCh als den Kern der "Vier grundlegenden Prinzipien" bezeichnet. In der Folge war in den Massenmedien allein die Führung durch die Partei als das wichtigste Grundprinzip hervorgehoben worden, und noch Mitte Juli 1981 wiederholte Deng seine Aussage vom Dezember des vorangegangenen Jahres (siehe C.a., September 1981, Ü 8).

Daß nun der Beibehaltung des sozialistischen Systems die gleiche Bedeutung wie der Aufrechterhal-

tung der alleinigen Führung durch die KPCh beigemessen worden ist, könnte auf den Druck jener Kräfte zurückzuführen sein, für die der Kurs der Fraktion um Deng Xiaoping eine Abweichung vom sozialistischen Weg darstellt. Diese dogmatischen Kräfte lasten Deng nicht nur die bürgerlichen Liberalisierungs- und Verwestlichungstendenzen innerhalb der Bevölkerung an, sondern auch den Autoritätsverlust der Partei an der Basis, der u.a. durch die wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen bewirkt worden sein soll. Als Warnung an die Adresse der Deng-Fraktion könnte in diesem Zusammenhang der folgende Satz innerhalb des Kommentars der "Volkszeitung" verstanden werden: "Ob die Führung durch die Partei korrekt oder falsch und stark oder schwach ist, wird im wesentlichen daraus ersichtlich, ob die Partei in der Lage ist, das Volk des ganzen Landes zur Beibehaltung des sozialistischen Wegs anzuleiten" (RMRB, 1.7.82). Solange die Deng-Fraktion jedoch die Mehrheit innerhalb der Parteiführung und das Interpretationsmonopol über die Frage "Was ist Sozialismus?" innehat, dürften ihr hieraus keine größeren politischen Gefahren erwachsen.

Die "Vier grundlegenden Prinzipien" waren von Deng Xiaoping in einer Rede auf einer von der ZK-Propagandaabteilung einberufenen Konferenz über Theorie und ideologisch-politische Leitlinien am 30. März 1979 aufgestellt worden. Sie lauten:

1. Am sozialistischen Weg festhalten.
2. An der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten.
3. An der Diktatur des Proletariats festhalten.
4. Am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen festhalten.

Mit der Formulierung der "Vier grundlegenden Prinzipien" wollte Deng Xiaoping offenbar gegenüber der Bevölkerung (insbesondere gegenüber den Intellektuellen und den Vertretern der demokratischen Bewegung) den politischen Handlungsrahmen des nachmaoistischen Systems abstecken und den Häresie-Vorwürfen seiner partei-internen Gegner entgegentreten. Darüber hinaus sollten und sollen die "Vier grundlegenden Prinzipien" den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei darstellen (obwohl Begriffe wie "Sozialismus", "Marxismus-Leninismus" und "Mao-Zedong-Ideen" erhebliche Interpretationsspielräume offenlassen).

Dies wurde auch in der für die ideologische Ausrichtung der KPCh bedeutsamen "Resolution über einige Fragen in der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" festgeschrieben, die auf der 6. Plenartagung des XI. ZK Ende Juni 1981 verabschiedet worden ist: "Die 'Vier grundlegenden Prinzipien' dienen als gemeinsame politische Plattform der Einheit der Partei..."

-sch-

### (7) Vier politische Aufgaben der KP Chinas

Zum 61. Jahrestag der Gründung der KPCh sind in einem Kommentar der "Volkszeitung" folgende vier Aufgaben benannt worden, die bewältigt werden sollen, um die Verwirklichung der "sozialistischen Modernisierung" politisch zu garantieren:

1. Struktur- und Systemreformen:

Die Strukturreform der zentralen Partei- und Staatsorgane muß vollendet werden, wobei die erste Phase bereits abgeschlossen worden ist. Auf der Provinzebene soll die Strukturreform in der zweiten Jahreshälfte bzw. im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Nach der Strukturreform (jigou gaige) sind umfassende Reformen des politischen und wirtschaftlichen Systems (tizhi gaige) erforderlich. Ziel all dieser Reformen soll die Bekämpfung des Bürokratismus und der Kanzleiwirtschaft, die Erhöhung der Arbeitseffizienz und die "Entwicklung der Produktivkräfte", d.h. die Verbesserung der wirtschaftlichen Resultate, sein.

2. Bekämpfung schwerer Wirtschaftsvergehen.

3. Entwicklung einer geistigen Zivilisation des Sozialismus:

Zur Verbreitung der kommunistischen Ideale, des Glaubens an den Kommunismus und der kommunistischen Moral sollen u.a. folgende Aktivitäten zu einem festen Bestandteil des politischen Lebens werden:

- Maßnahmen zur Verbreitung und Befolgung der "Fünf Gebote" und der "Vier guten Tugenden" (siehe C.a., Dezember 1981, Ü 12).

- Aktivitäten wie die während des "Monats für Anstand und Zivilisation" im März d.J.

- Bewegung zum Lernen von Lei Feng.

- Innerhalb der Armee sollen Aktivitäten unter dem folgenden Motto entfaltet werden: "Über vier gute Eigenschaften verfügen, drei Gebote einhalten und zwei Dinge nicht fürchten" (si you,

san jiang, liang bu pa). Die vier Eigenschaften sind "Ideale, Moral, Wissen und Kraft", die drei Gebote umfassen "korrektes soldatisches Auftreten, Höflichkeit und Disziplin", und die zwei Dinge, vor denen sich die Soldaten nicht fürchten sollen, lauten: Keine Schwierigkeiten und kein Leid sowie weder Blutvergießen noch den Heldentod fürchten."

4. Planmäßige, schrittweise Ausrichtung der Partei und Verbesserung und Stärkung der Führung durch die Partei:

U.a. sollen nach dem XII. Parteitag alle Parteimitglieder einer umfassenden Erziehung im Sinne des politischen Kurses der Parteizentrale unterworfen werden.

(RMRB, 1.7.82)

-sch-

### (8) Nur noch sechzig Staatsratsorgane?

In einem von der Redaktion gezeichneten Artikel des ZK-Theorieorgans "Rote Fahne" über die Strukturreform des Staatsrats ist bekanntgegeben worden, daß die Zahl der Kommissionen, Ministerien, Büros des Staatsrats und der direkt dem Staatsrat unterstehenden Organe auf sechzig gesenkt worden sei (HQ, 1982, Nr.14, S.2). Dies würde bedeuten, daß neben den 7 Kommissionen und 34 Ministerien nur noch 19 Staatsratsbüros und direkt dem Staatsrat unterstehende Organe bestehen. Diese Zahl widerspricht jedoch den bisher gemachten offiziellen Angaben über die Auflösung bzw. Zusammenlegung von Organen des Staatsrats - nach diesen Angaben müßte sich die Zahl der Büros des Staatsrats und der direkt dem Staatsrat unterstehenden ständigen Organe gegenwärtig noch auf 30 belaufen (siehe C.a., Mai 1982, S.265, Tab.2, und C.a., Juni 1982, Ü 6).

-sch-

### (9) Dritte Volkszählung

Vom 1. bis 5. Juli 1982 fand in der VR China die dritte Volkszählung statt (RMRB, 7.7.82). Die beiden vorausgegangenen Volkszählungen waren 1953 und 1964 veranstaltet worden, wobei die letztere einschließlich ihrer Ergebnisse weitgehend geheimgehalten wurde. Nach Angaben eines UN-Beamten, der sich zur Zeit der Zählung in China aufhielt, werden die Bevölkerungszahlen erst im Oktober 1982 und die Gesamtanalyse der Zensusdaten nicht vor Juni 1984 vorliegen (XNA, 3.7.82).

Seit Wochen war die chinesische Bevölkerung auf die Volkszählung hingewiesen und instruiert worden, wie der Fragebogen mit den 19 Fragen auszufüllen sei. Die insgesamt 5 Millionen Zähler und Prüfer wurden alle in 7-10tägigen Kursen auf die Aufgabe vorbereitet. Allein in Beijing betrug die Zahl der Mitarbeiter 37.000. Die Kosten für diesen bisher größten Zensus belaufen sich auf 360 Mio. Yuan, und zwar ohne die Löhne für die 5 Millionen Mitarbeiter, weil diese von ihrer jeweiligen Arbeitseinheit bezahlt werden. Die Vereinten Nationen steuern 15,6 Mio. US\$ bei, die in erster Linie für die 21 Computer verwendet werden, die sie zur Verfügung gestellt haben (XNA, 1.7.82).

Die Volkszählung wirft eine Menge praktischer Probleme auf, insbesondere hinsichtlich der Erfassung weiter Teile der Bevölkerung, wie z.B. derjenigen, die nur vorübergehend an einem Ort oder auf Booten leben. Besonders schwierig war die Zählung in den dünn besiedelten Grenzgebieten, wo die Siedlungen weit auseinander liegen und die Verkehrsverbindungen außerordentlich schlecht sind. Aus diesem Grunde wurde in Tibet, das an den letzten Volkszählungen nicht teilgenommen hatte, mit dem Zensus schon im März begonnen. Eine weitere Schwierigkeit sind die verschiedenen Minderheitensprachen; in Xinjiang beispielsweise mußten die Fragebogen in fünf Sprachen erstellt werden (XNA, 7.7.82).

Fest steht schon jetzt, daß die Bevölkerung in China die Milliardengrenze weit überschritten hat. Bis zum 8. Juli, also zwei Tage vor Beendigung der Registrierarbeit, sollen bereits 950 Millionen registriert worden sein (RMRB, 11.7.82), doch es ist nicht möglich, von dieser Zahl auf die Gesamtbevölkerung zu schließen. Jedenfalls ist nach dem 10. Juli keine neue Zahl bekanntgegeben worden. Mit Sicherheit werden aus diesem Zensus, der für die künftige Wirtschaftsplanung der VR China von entscheidender Bedeutung ist, zwei Konsequenzen gezogen: Das Bevölkerungswachstum soll weiter eingeschränkt werden und das Ackerland geschützt werden. Diese beiden Ziele wurden auf einer nationalen Konferenz über die Arbeit auf dem Lande als die dringlichsten herausgestellt (RMRB, 18.7.82). Schon jetzt ist abzusehen, daß die Propagierung der Ein-Kind-Familie und der Schutz der landwirtschaftlichen Fläche Schwerpunkte der ideologischen Erzie-

hungsbearbeitung der Bevölkerung sein werden.

-st-

### (10)

#### **Nationale Konferenz über politische und juristische Arbeit**

Eine nationale Konferenz über politische und juristische Arbeit fand vom 10. bis 24. Juli 1982 in Beijing statt. Veranstalter war die Kommission für Politik und Recht des ZK der KPCh. Den Vorsitz führten die beiden Politbüromitglieder Peng Zhen und Peng Chong. Die über 400 Konferenzteilnehmer vertraten die Parteikomitees sowie die verschiedenen Organe der Justiz und der Staatssicherheit auf der zentralen und der Provinzebene im zivilen und militärischen Bereich.

Unter dem Begriff "politische und juristische Arbeit" (zhengfa gongzuo) sind im wesentlichen politische und rechtliche Maßnahmen zur Verteidigung und Konsolidierung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zu verstehen. Entsprechend umfangreich war der Katalog der Themen, die auf der Konferenz behandelt wurden: Bekämpfung der Jugend- und Wirtschaftskriminalität, Stärkung der Partei- und Selbstverwaltungsorgane an der Basis, Bekämpfung von Konterrevolutionären und Spionen, Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Gesetzgebung, fachliche Aus- und Weiterbildung der zuständigen Funktionäre, Popularisierung des bestehenden Rechtssystems, Verbesserung des Rechtssystems und des rechtsstaatlichen Denkens und Handelns innerhalb der Armee usw. Auf der Konferenz wurden die Bekämpfung der Wirtschafts- und der Jugendkriminalität sowie die Stärkung der Rolle und die Verbesserung der Arbeit der politischen Basisorgane insbesondere auf dem Land als vordringliche Aufgaben bezeichnet. (RMRB, 25.7.82)

-sch-

### (11)

#### **ZK-Emissäre sollen Wirtschaftskriminalität bekämpfen**

Die ZK-Disziplinarkontrollkommission hat im Juli 1982 154 Funktionäre auf und über Amts- und Hauptabteilungsebene in zwei regierungsunmittelbare Städte und zehn Provinzen geschickt, um die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu forcieren. Die Emissäre der Zentrale sollen sich vor Ort direkt an der Untersuchung und Behandlung von schweren Wirtschafts-

vergehen beteiligen. Bei diesen Funktionären handelt es sich zum größten Teil um ältere Führungskader, die im Rahmen der Strukturreform des Staatsrats von ihren Posten und Führungsaufgaben entbunden worden sind, ihren Dienstgrad und die entsprechende politische und materielle Behandlung jedoch beibehalten haben. Unter ihnen befinden sich allein 27 frühere Vizeminister. Die folgende Aufstellung der Städte und Provinzen, in die die 154 Kader entsandt wurden, könnte ein Indiz dafür sein, daß vor allem in diesen Gebieten die Wirtschaftskriminalität stark verbreitet ist oder daß dort die Bekämpfung von Wirtschaftsvergehen auf größere Schwierigkeiten stößt: Beijing, Shanghai, Guangdong, Fujian, Zhejiang, Jiangxi, Heilongjiang, Yunnan, Sichuan, Hubei, Shaanxi und Hebei. (RMRB, 23.7.82)

-sch-

### (12)

#### **Ideologisch-politische Erziehung für Basiskader**

Die Notwendigkeit der ideologisch-politischen Erziehung insbesondere der Funktionäre an der Basis ist in einem Artikel, der in der "Volkszeitung" vom 19. Juli 1982 abgedruckt wurde, betont worden. Der Artikel steht offenbar in Zusammenhang mit der von der Parteizentrale unlängst erneut geforderten politischen Ausrichtung der Basisorganisationen der KP Chinas (C.a., Juni 1982, Ü 8). Dem Autor zufolge ist der im Dezember 1978 parteioffiziell beschlossene Modernisierungskurs in einer Reihe von Gebieten und gesellschaftlichen Einheiten immer noch nicht zufriedenstellend in Kraft gesetzt worden. Dies gelte z.B. für die Einführung der Verantwortlichkeitssysteme im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion. Die Ursachen hierfür seien jedoch nicht bei der Bevölkerung zu suchen, denn die begrüße diese Politik. Vielmehr seien es einige Funktionäre, die sich in verschiedenster Weise - bis hin zur Zerstörung von Staatseigentum - dem neuen Kurs entgegenstellten. Die Bevölkerung habe hierfür folgende Bezeichnung geprägt: "An beiden Ecken (d.h. zentrale politische Führung und Bevölkerung) heiß und in der Mitte (d.h. die Funktionäre der mittleren und insbesondere der unteren Ebenen) eiskalt." Dem Autor zufolge ist dies ein Zeichen dafür, daß eine Reihe von Funktionären politisch rückständiger ist als die Bevölkerung. Deshalb müßten zunächst einmal die Basiskader von der Richtigkeit des politischen Kurses der Parteizentrale überzeugt wer-

den, und deshalb habe die ideologisch-politische Arbeit zuerst bei den Funktionären und dann erst bei der Bevölkerung anzusetzen.  
-sch-

**(13)****Neuer 1. Parteisekretär der Provinz Hebei**

Neuer 1. Parteisekretär der Provinz Hebei ist der frühere Minister des im Mai 1982 aufgelösten Ministeriums für Staatsgüter und Landerschließung, Gao Yang. Dies geht aus einer Xinhua-Meldung vom 10. Juli 1982 hervor (nach SWB, 6.8.82). Gao ist Nachfolger des 74jährigen Jin Ming. Wie Jin Ming ist auch Gao Yang ein Opfer der Kulturrevolution und dürfte der Deng-Gruppe zuzuordnen sein. Über das Verbleiben von Jin Ming wurde nichts bekannt. Nach seiner Rehabilitierung im Dezember 1978 war Jin Ming zunächst zum Generalsekretär des Staatsrats und zum Mitglied der Zentralen Kommission für Wirtschaft und Finanzen ernannt worden. Im Januar 1980 wurde er dann vom Zentralkomitee in die Provinz Hebei versetzt, um dort den zur linken Fraktion zählenden Liu Zihou als 1. Parteisekretär zu ersetzen und die dortige Parteiorganisation von Anhängern des maoistischen Kurses zu säubern. Jin Ming war es jedoch auch anderthalb Jahre nach seinem Amtsantritt in Hebei nicht gelungen, die dortige Parteiorganisation politisch und personell im Sinne des nach-maoistischen Kurses auszurichten: Im Juli 1981 mußten zwölf hohe Funktionäre des ZK-Sekretariats direkt eingreifen, um die Unterstützung dieser Provinz für die Beschlüsse der 6. Plenartagung sicherzustellen und eine Anti-Links-Kampagne in dieser Provinz einzuleiten. Anfang September 1981 mußte auch Jin Ming Selbstkritik wegen des nach wie vor bestehenden starken maoistischen Einflusses üben. Erst im Dezember 1981 und im Januar 1982 folgten Berichte über Erfolge bei der Säuberung der dortigen Parteiorganisation von Gegnern des seit Dezember 1978 gültigen Kurses (siehe C.a., Juli 1981, Ü 7; C.a., September 1981, Ü 22; C.a., Oktober 1981, Ü 12; RMRB, 11.12.81; Radio Hebei, 5.1.82, nach SWB, 19.1.82).

-sch-

**(14)****Panchen Lama in Tibet**

Der Panchen Lama, nach dem Dalai Lama der höchste geistliche Führer der Tibeter, durfte Anfang Juli 1982 erstmals seit 1964 wieder in seine von China annektierte Heimat reisen. Am 3. Juli

1982 trat er in Lhasa einen zwei-monatigen Besuch Tibets an. In seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK und als Ehrenvorsitzender der Buddhistischen Vereinigung Chinas wurde er von der Partei- und Regierungsführung des Autonomen Gebiets Tibet begrüßt. Der Panchen Lama sagte bei seiner Ankunft, er wolle mit seinen eigenen Augen sehen, wie die Weisungen des Zentralkomitees zu Tibet aus dem Jahre 1980 in die politische Praxis umgesetzt würden. In einer Rede auf einer von über 1.000 Funktionären besuchten Versammlung in Lhasa am 17. Juli 1982 bezeichnete der Panchen Lama Tibet als einen unabtrennbaren Teil des chinesischen Territoriums. Nur als "Mitglied der großen Familie des geeinigten sozialistischen Vaterlandes, das unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas steht," könne Tibet zu Fortschritt und Blüte gelangen. In seiner Rede betonte der Panchen Lama nicht nur die Notwendigkeit der Einheit Chinas mit Tibet als unveräußerlichem Bestandteil, sondern auch die Notwendigkeit des Zusammenhaltes zwischen Tibetern und Chinesen auf allen Ebenen. Dabei lobte er die Beiträge der Han-Kader und der Volksbefreiungsarmee für den Aufbau Tibets. Er bezeichnete die Han als politisch, ökonomisch und kulturell fortgeschrittener als die anderen Nationalitäten Chinas und führte als Beweis hierfür an, daß ohne die Führung durch die KPCh und ohne die Hilfe der Bevölkerung und der Kader der Han-Nationalität die Tibeter heute noch unter der feudalen Leibeigenschaft leiden würden. Auch in Zukunft müsse eine relativ große Zahl von Han-Kadern nach Tibet kommen, um den Tibetern beim Aufbau zu helfen. Auf der Versammlung vom 17. Juli sprach sich der Panchen Lama auch für eine Rückkehr des Dalai Lama und der Exiltibeter "in das Vaterland" aus. (RMRB, 4. und 19.7.82)

-sch-

**(15)****Juristische Gesellschaft Chinas neu gegründet**

Die Juristische Gesellschaft Chinas (Zhongguo faxue hui) ist am 22. Juli 1982 auf einer Gründungsversammlung in Beijing wieder ins Leben gerufen worden. Die zu den sog. "Massenorganisationen" zählende Gesellschaft war ursprünglich bereits i.J. 1953 gegründet worden. Nachdem sie schon Ende der fünfziger Jahre ihre Tätigkeiten stark einschränken mußte, wurde sie während der Kulturrevolution vollständig aufgelöst.

Der nun erfolgten Neugründung der Juristischen Gesellschaft Chinas wurde von der Parteiführung und den Massenmedien große Aufmerksamkeit geschenkt: An der von über 300 Juristen besuchten Gründungsfeier nahmen nicht nur die beiden Politbüromitglieder Peng Zhen (gleichzeitig Vorsitzender der NVK-Gesetzeskommission) und Peng Chong teil, sondern auch der Generalstaatsanwalt, der Justizminister, der Minister für öffentliche Sicherheit und andere Führungskader. Die "Volkszeitung" berichtete am 23. und am 28. Juli 1982 auf der ersten Seite von dem Ereignis.

Peng Zhen und der Vorsitzende des Gründungskomitees der Juristischen Gesellschaft Chinas, der 85jährige Yang Xiufeng, betonten in ihren Reden mehrmals die Notwendigkeit, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festzuhalten. Peng Zhen zufolge stellen diese Prinzipien "die Zusammenfassung der historischen Erfahrungen unseres Landes im 20. Jh." dar, und Yang Xiufeng versicherte, daß die "Vier grundlegenden Prinzipien" der "grundlegende Leitfaden für die juristische Forschung" seien. Yang betonte, daß die Juristen auf keinen Fall von diesen Prinzipien abweichen dürften. Es sei unzulässig, das Recht in Gegensatz zum Kurs der Partei und die juristische Arbeit in Widerspruch zur Führung durch die Partei zu bringen.

Peng Zhen bezeichnete es als allgemeine Aufgabe der Juristischen Gesellschaft Chinas, auf rechtlchem Gebiet die sozialistische Demokratie zu entwickeln und das sozialistische Rechtssystem zu vervollkommen, wobei er vorsichtshalber darauf hinwies, daß die sozialistische Demokratie und das sozialistische Rechtssystem mit der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Rechtssystem nichts gemein hätten. Yang Xiufeng benannte vier konkrete Aufgaben der wiederbelebten Juristenorganisation:

1. Entwicklung der juristischen Forschung, wobei Theorie und Praxis eng miteinander verbunden werden sollen, und Entwicklung der marxistischen Rechtstheorie unter den Bedingungen des chinesischen Sozialismus.
2. Förderung des wissenschaftlichen Austausches mit juristischen Kreisen im Ausland.
3. Herausgabe juristischer Publikationen und Sammlung von juristischen Werken und Materialien.
4. Intensivierung der Verbindun-

gen und der Kooperation zwischen den verschiedenen juristischen Organisationen in China. (RMRB, 23. und 24.7.82)

Auf dem Gründungskongreß der Juristischen Gesellschaft Chinas, der am 27. Juli 1982 zu Ende ging, wurde Yang Xiufeng zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Darüber hinaus wurden eine Satzung verabschiedet und der Vorstand der Gesellschaft gewählt. In der Satzung der Gesellschaft wird die Intensivierung der Erforschung des Rechtswesens und der Rechtswissenschaft im Ausland als eine weitere Aufgabe der Gesellschaft benannt. Auf der ersten Vorstandssitzung wurde der stellvertretende Vorsitzende der NVK-Gesetzeskommission, Wu Xinyu, zum Vorsitzenden der Juristischen Gesellschaft Chinas gewählt (RMRB, 28.7.82).

-sch-

### (16)

#### Was ist "geistige Zivilisation des Sozialismus"?

In einem Leitartikel zum 61. Jahrestag der Gründung der KPCh hat die "Volkszeitung" folgende drei Tugenden als den "Kern" der angestrebten "geistigen Zivilisation des Sozialismus" bezeichnet:

1. kommunistische Ideale,
2. Glauben an den Kommunismus und
3. kommunistische Moral.

(RMRB, 1.7.82)

-sch-

### (17)

#### Flugzeugentführung gescheitert

Die Entführung eines chinesischen Linienflugzeugs nach Taiwan am 25. Juli 1982 ist durch das entschlossene Eingreifen von Besatzung und Passagieren vereitelt worden. Fünf mit Messern und Sprengstoff bewaffnete junge Chinesen hatten ein Flugzeug der staatlichen Luftfahrtgesellschaft CAAC auf dem Linienflug Nr. 2505 von Xi'an nach Shanghai in ihre Gewalt gebracht: Kurz vor dem Anflug auf Shanghai waren drei Luftpiraten in die Pilotenkanzel eingedrungen und hatten eine Kursänderung in Richtung Taiwan verlangt. Zwei weitere Entführer bewachten derweil den Eingang zur Pilotenkanzel. Dem Piloten gelang es, die Flugzeugentführer von der Notwendigkeit einer Zwischenlandung in Hongkong zur Treibstoffaufnahme zu überzeugen. Statt dessen ließ er die Maschine jedoch zwei Stunden lang über Shanghai kreisen, um den Treibstoff aufzubrauchen. Als die Luftpiraten die Falle bemerkten,

gerieten sie offenbar in Panik und wurden schließlich von der Besatzung und einer Reihe von chinesischen Passagieren überwältigt. Während der Auseinandersetzungen wurden von den Luftpiraten ein Besatzungsmitglied getötet und ein Sprengsatz in der Toilette des Flugzeugs gezündet. Obwohl die Explosion ein Loch in das Flugzeug gerissen haben soll, landete die Maschine sowjetischer Bauart (Iljuschin-18) sicher in Shanghai. An Bord befanden sich 72 Passagiere, darunter 10 Japaner und 19 Amerikaner. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, daß alle fünf Luftpiraten lebendig den Sicherheitsbehörden übergeben worden seien - amerikanische und japanische Fluggäste gaben jedoch an, daß mindestens zwei der Entführer von Besatzung und Passagieren erschlagen worden seien. (XNA, 26. und 28.7.82; RMRB, 30.7.82; BRu, 10.8.82, S.9; FAZ, 27.7.82; IHT, 27.7.82)

Bei der gescheiterten Flugzeugentführung soll es sich nicht um die erste in der Geschichte der Volksrepublik China gehandelt haben. Über frühere Versuche von Luftpiraterie war jedoch in den offiziellen Medien nicht berichtet worden, weil sie offenbar alle scheiterten und weil es keine ausländischen Augenzeugen gab. Der Hongkonger Zeitschrift Zhengming zufolge vereitelten z.B. Guangzhouer Sicherheitskräfte am 4. Oktober 1981 den Plan von sieben Männern, eine chinesische Verkehrsmaschine auf dem Flug von Guangzhou nach Gueilin in ihre Gewalt zu bringen und ins Ausland zu entführen: Die potentiellen Luftpiraten konnten noch vor Antritt des Fluges, z.T. im Warteraum des Flughafens und z.T. bereits in ihrer Wohnung, festgenommen werden. Bei den sieben Männern handelte es sich zum größten Teil um Söhne von hohen Funktionären. Sie sollen zu Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt worden sein. (Zhengming, Nr.52 (1.2.82), S.7-9, und Nr.53 (1.3.82), S.11-12)

-sch-

### VERTEIDIGUNG

### (18)

#### Verstärkter Austausch von militärischem Personal zwischen Japan und China

Im Verlauf seines ersten offiziellen Besuches beim Leiter des japanischen Verteidigungsamtes (Verteidigungsminister), Ito Soichiro,

hat der chinesische Botschafter in Tokyo, Song Zhinguang, mit seinem Gesprächspartner vereinbart, in Zukunft den Austausch von Angehörigen der Streitkräfte beider Länder stufenweise zu verstärken. In der offiziellen Mitteilung über das einstündige Gespräch wird der Ausdruck "militärisches Personal" vermieden, statt dessen heißt es "Verantwortliche militärischer Stellen" (gunji tokyoku doshi). Damit sollte offenbar unterstrichen werden, was der japanische Verteidigungsminister gegenüber dem chinesischen Botschafter betonte: 1. Es kann keine militärische Zusammenarbeit zwischen China und Japan geben, 2. durch Austausch von militärischem Personal sollen aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auch in diesem Bereich gestärkt werden. Der chinesische Botschafter wies darauf hin, daß der frühere japanische Ministerpräsident Ohira 1979 anlässlich seines Besuches in China bereits auf die Unmöglichkeit militärischer Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern verwiesen habe und die chinesische Seite das auch akzeptiert habe; andererseits aber habe Ohira auch beklagt, daß in allen möglichen Bereichen der Austausch von Verantwortlichen reibungslos ablaufe, und deshalb gefordert, auch im militärischen Bereich diesen Austausch zu erweitern (Asahi Shimbun, 29.7.82 und Kyodo, engl., 28.7.82/SWB, 30.7.82)

-po-

### WISSENSCHAFT\* AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

### (19)

#### Neuer Erziehungsminister fordert Umstrukturierung der Hochschulbildung

In einem Interview mit Xinhua forderte der seit zwei Monaten amtierende neue Erziehungsminister He Dongchang eine Umstrukturierung der Hochschulen und sprach sich gleichzeitig für eine diversifizierte Entwicklung des Hochschulwesens aus. In Anbetracht der unterentwickelten Wirtschaft, so gab der ehemalige Dekan und Vizepräsident der Qinghua-Universität zu verstehen, könne und brauche China nicht aus allen Hochschulen reguläre Universitäten mit Studiengängen von 4-5 Jahren zu machen, geschweige denn Institutionen aus dem Westen kopieren. Der Bedarf an unterschiedlichen Fachrichtungen erfordere auch unterschiedliche Studiengänge; gegenwärtig z.B. seien mehr zweijährige Hoch-